

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr
Inhalt: 12 Bogen
bei der täglich erscheinenden Ausgabe
für ein Jahr 2,50 Mk.
für sechs Monate 1,50 Mk.
für drei Monate 1,00 Mk.
Einmalige Beleggebühr
für die ersten drei Bogen
zu 10 Pfennig.
Zur einmaligen Beleggebühr
für die ersten drei Bogen
zu 10 Pfennig.
Zur einmaligen Beleggebühr
für die ersten drei Bogen
zu 10 Pfennig.
Zur einmaligen Beleggebühr
für die ersten drei Bogen
zu 10 Pfennig.

Anzeigen-Zarif
Anzeigen von 10 Zeilen
für den ersten Tag 10 Pf.
für den zweiten Tag 8 Pf.
für den dritten Tag 6 Pf.
für den vierten Tag 5 Pf.
für den fünften Tag 4 Pf.
für den sechsten Tag 3 Pf.
für den siebten Tag 2 Pf.
für den achten Tag 1 Pf.
für den neunten Tag 1 Pf.
für den zehnten Tag 1 Pf.
für den elften Tag 1 Pf.
für den zwölften Tag 1 Pf.
für den dreizehnten Tag 1 Pf.
für den vierzehnten Tag 1 Pf.
für den fünfzehnten Tag 1 Pf.
für den sechzehnten Tag 1 Pf.
für den siebenzehnten Tag 1 Pf.
für den achtzehnten Tag 1 Pf.
für den neunzehnten Tag 1 Pf.
für den zwanzigsten Tag 1 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 - 2096 - 3601.

Seidel & Naumann Naumanns Nähmaschinen
Hauptniederlage: Struvestrasse 9, nahe Prager Strasse.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.



Dieses kleine Büchlein enthält alles für die Beleuchtung der Wohnräume, sowie das Kochen mit Gas und ist mit Abbildungen von Leuchtern für alle Wohnräume, sowie von Kochern u. Platten versehen. Das Schriftchen geben gratis ab:

Wie beleuchten wir unsere Wohnräume?

Kretzschmar, Bösenberg & Co.
Königl. Sächs. Hoflieferanten
Kronleuchter-Fabrik
Börsestrasse No. 5/7.

Bruchbänder und Leibbinden

sowie alle sonstigen Bandagen u. Artikel zur Krankenpflege empfiehlt

Carl Wendschuchs Etablissement Struvestrasse 11.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Mild, veränderlich.

Im preussischen Landtag sprach sich der Minister des Innern v. Falkow über die Noabiter Vorgänge aus.

Die 30 Mann starke Besatzung des gesunkenen Unterseebootes „U. 3“ wurde bis auf 4 Mann gerettet, deren Rettung noch bevorsteht.

Der Baron „Hildebrand“ und die Witwe des Reichsanwalts Kohrs wurden geborgen, die Witwe des Provinzialrates Meidel fiel bei den Vergangensversuchen ins Wasser und verlor.

Ein Revolver-Attentat auf Briand wurde in der französischen Deputiertenkammer verurteilt. Briand blieb unverletzt. Der Attentäter wurde verhaftet.

Der schwedische Reichstag wurde vom König mit einer Thronrede eröffnet.

Die spanische Regierung verzichtet auf ihr früheres Vorhaben, eine Anleihe von 1500 Millionen Pesetas aufzunehmen.

Die antirepublikanische Strömung im portugiesischen Volk und Heer wächst ständig.

Der Tag der Deutschen

ist heute. In einmütigem, erschüttertem Aufbruch schauen alle deutschen Patrioten zu der gewaltigen Größe einer vergangenen Epoche empor und können sich in der Erinnerung an den 18. Januar des glorreichen Jahres 1871, als im Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles das neue Kaiserreich feierlich proklamiert wurde. Das war in Wahrheit ein weltgeschichtliches Augenblick, als Preußens edler König aus den Händen der deutschen Bundesfürsten unter dem Aufschwung aller germanischen Stämme die Kaiserkrone empfing und zur Bekundung des Geistes, in dem er sie entgegennahm, die denkwürdigen Worte sprach: „Uns und unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verzeihen, allezeit Meiner des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens, auf dem Gebiete nationaler Freiheit, Wohlfahrt und Gerechtigkeit.“ Wenn je irgendein Weltgesetz treu gehalten wurde, so dürfen sich diese goldenen Worte aus dem Munde unseres alten Kaisers nicht rühmen, daß sie für drei von höherer Macht umgebene deutsche Herrscher aus dem Hohenzollernhause die unverrückbare Richtschnur ihrer monarchischen Pflicht gebildet haben. Die fremden Mächte rings umher konnten und wollten es wohl zuerst nicht begreifen, daß ein Reich von so kraftstrotzendem Jugendtriebe, gepanzert mit Erz, in Wirklichkeit friedliche Ziele verfolgte und keine andere Absicht hegte, als sich in ruhigem Fortwärtstreben zu entwickeln und auszubauen und sich mit dem ihm gebührenden Sonnenplatz in der Weltpolitik unter Anerkennung und Achtung konkurrierender Rechte und Interessen zu begnügen. Am wenigsten glaubten an eine solche Enthaltsamkeit und Selbstbeschränkung unsere westlichen Nachbarn, die, selbst in den Traditionen kriegerischer Ruhmstucht befangen, noch ganz unter dem Eindruck des zweideutigen Spiegels standen, das ihr gekürzter Kaiser, der dritte Napoleon, getrieben hatte, indem er den Frieden beteuerte, während er den Krieg im Herzen trug. Das deutsche kaiserliche Friedenswort aber hand fest wie ein Fels im Meer. An ihm war nicht zu rütteln, noch zu deuteln, und so konnte der gegenwärtige Schirmherr des Reiches die Verneinung erleben, daß unter ihm sich die konsequente Friedenspolitik der Hohenzollern zu allgemeiner Anerkennung durchgerungen hat.

Und was ist in einer 40jährigen Friedensperiode auf dem Gebiete nationaler Freiheit, Wohlfahrt und Gerechtigkeit alles erreicht worden! Die wahre Freiheit auf der Grundlage strenger Ordnung und Gerechtigkeit, welche die Vorbedingung aller modernen großartigen Entwicklung ist, steht im Deutschen Reich in guter monarchischer Hut. Vängst ist der radikale Irrtum, daß eine starke Regierung gleichbedeutend mit reaktionärer Mißachtung der persönlichen Freiheit der Staatsbürger sei, und daß nur in demokratisch geleiteten Staatswesen die freiheitlichen Regungen der Volkseele zu ihrem Rechte kommen könnten, durch die Erfahrungen der praktischen Politik widerlegt worden. Von unseren „Freiheitsadvokaten“, die ausgozen, um ihr Ideal jenseits der deutschen Grenzen zu suchen, ist einer nach dem anderen mit geknicktem Kopfe zurückgeführt,

um sich am Ende zu dem Geständnis zu bequemen, daß Freiheit und Ordnung doch immer noch in Deutschland in besser Harmonie zu finden sind. Gehört und geübt durch eine solche Freiheit im wahren Sinne des Wortes, vollzog sich im neuen Deutschen Reich ein Aufschwung, wie er in der neueren Geschichte ohne Gleichen dasteht. Ein sorgfältiger Ausbau der Gesetzgebung in allen Zweigen der Regierung und Verwaltung ging Hand in Hand mit einer umfassenden Steigerung unserer wirtschaftlichen Tätigkeit in Industrie, Handel und Landwirtschaft unter dem belebenden Einfluß einer gemäßigten Schutzpolitik, und als die mächtig anwachsende Bevölkerungszahl des Reiches uns auch die Notwendigkeit einer überseelichen Ablenkung unserer Tatkraft vor Augen geführt hatte, trat das neue Deutsche Reich ebenfalls in den kolonialen Wettbewerb mit fremden Staaten ein und eroberte sich in der Weltpolitik allen Anfeindungen zum Troste die zu seiner Lebensbetätigung notwendige Elbogenfreiheit. So sieht heute das „mush-room empire“, das „Büßreich“, wie es die Engländer zuerst spöttisch nannten, weil es wie ein Pilz aus der Erde hervorgehoben sei, als gleichberechtigter achtungsgebietender Faktor unter den übrigen Weltmächten da, nachdem alle Versuche seiner Gegner, es durch eine künstliche Isolierung aus der hohen Politik auszuschalten, an der ruhigen, entschlossenen Festigkeit des deutschen Fortwärtstrebens und an der gesunden Kraft des germanischen Volkstums gescheitert sind. Dieses mächtige Deutsche Reich ist nicht der Versuchung erlegen, sich mit früheren Scheinerrögen zu begnügen und zu deren Förderung eine einseitige Interessenpolitik im Innern zu betreiben, wie wir sie so vielfach an anderen Staaten beobachten können. Bei uns sind die verbündeten Regierungen mit rühmlicher Sorge darauf bedacht gewesen, zwischen allen berechtigten Interessen des nationalen Lebens nach bester Möglichkeit einen gerechten Ausgleich zu schaffen, und aus demselben Streben heraus ist auch die unübertreffliche deutsche Sozialgesetzgebung entstanden, die den „Enterbten des Glückes“, den wirtschaftlich Schwachen, die notwendigen Garantien einer menschenwürdigen Existenz gewährt, und in die gerade jetzt durch die Einwirkung der Privatbeamtenversicherung der noch fehlende Schlüsselschloß einfügung werden soll.

Das Bild, das uns aus dem Spiegel des 18. Januar entgegenstrahlt, ist sicherlich von überwältigender Größe. Doch auch die Flecken und Schwächen, die der Gegenwart anhaften, erscheinen mit auf der glänzenden Fläche, und wir dürfen sie nicht übersehen, wenn nicht hohe nationale Güter gefährdet werden sollen. Das alte Weisheitswort „Erkenne Dich selbst!“ muß uns zum Leitfaden dienen, wenn wir die Schäden, die uns bedrohen, an der Wurzel packen wollen. Da sehen wir in erster Linie das alte deutsche Erbteil, den parteipolitischen Streit und Hader, wieder am Werke, die deutschen Patrioten zu entzweien und in zwei feindliche Heerlager zu spalten, gerade in einem Augenblick, wo es angeht die nächsten Reichstagswahlen auf die Zusammenfassung aller bürgerlichen Kräfte gegen den gemeinsamen inneren Feind ankommt, der auch mit dem Wachstum des Reiches groß und stark geworden ist! Auch sonst zeigen sich neben moralischen Mißständen allerlei politische Erscheinungen in unserem nationalen Leben, die zu denken geben. Dahin gehören nicht in letzter Linie die jüngsten unliebsamen Vorkommnisse in den Reichsländern, angefaßt deren es nur zu begründet ist, wenn in deutschen nationalen Kreisen die bejorgte und wahnwitzige Frage ausgesprochen wird, wie denn so etwas nach einer 40jährigen Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zum Reich überhaupt noch möglich ist. Die dortigen Vorkommnisse sind um so bedenklicher, wenn man sie im Zusammenhang mit dem Thema der „Reichsverfälschung“ betrachtet, das im Anschluß an gewisse innerpolitische Verfassungen und Veränderungen neuerdings wieder des Öfteren erörtert worden ist. Das Ausland pflegt aus solchen Reibungen unseres öffentlichen Lebens nicht bloß falsche Schlüsselfolgerungen in bezug auf die Zuverlässigkeit unserer nationalen Einheit zu ziehen, sondern sie auch zum Anlaß zu nehmen, um dort, wo man unsere schwachen Stellen vermutet, den Hebel zu einer feindseligen Agitation anzusetzen. Gerade die letzten Vorgänge an unserer Westgrenze sind daher wohl geeignet, das deutsche patriotische Gewissen aufzurütteln und jedem echten Deutschen am heutigen Tage aufs neue das heilige Gelübdis abzurufen, mit Herz und Hand und allen Kräften dem großen gemeinsamen Vaterlande zu dienen und das Wohl des Reiches, mit dem die Machtstellung des Germanentums in der Welt unzertrennlich verknüpft ist, im echten Bismarckschen Geiste zu fördern.

Wer so denkt, ist auch von selbst bereit gegen die Gefahr, daß ein verdorrtes nationaler Bestimmismus gegen ihn sein Medienhaupt erhebt und seine Abergläubigkeit zur patriotischen Tat lähmt. Es ist ganz natürlich, daß in einer 40jährigen Friedensperiode, die mit einem gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwunge verbunden ist, sich allerlei Symptome am Volkstörper geltend machen, die sowohl in weltlich-nationaler wie in christlich-sittlicher Hinsicht zu mehr oder weniger ernsten Bedenken herausfordern. Die Hauptfache aber ist und bleibt jedenfalls, daß alle tüchtigen Kräfte unseres Volkes sich einen offenen Blick für solche Schwachheiten bewahren und ihnen rechtzeitig mit Ernst und Eifer entgegenwirken, getrieben von glühender Vaterlandsliebe und erfüllt von der unerlöschlichen Ueberzeugung, daß der Kern unserer Nation noch gesund und unverdorben ist und unverbrüchlich an den hohen Idealen germanischer Welt- und Lebensauffassung, in denen unsere Kulturmission wurzelt, stehthält. Das kostbare Juwel dieser germanischen Anschauungsweise ist ein lautes Gottvertrauen, wie es Kaiser Wilhelm I. in vorbildlicher Weise auszeichnete, und wie er es unmittelbar vor der Pariser Kaiserproklamation seinem Völkprediger Dr. Rogge gegenüber zum ergreifenden Ausdruck brachte, indem er diesem verbot, bei der kirchlichen Feier in Versailles von ihm, dem Kaiser, persönlich zu reden: „Dem nicht ich,“ so sagte der alte Kaiser würdevoll, habe es so gemacht, sondern Gott hat es so gesagt.“ Wohl unserer Nation, wenn ihre Besten allesamt ähnlich denken! Auf solchem Grunde erwacht die rechte patriotische Tatkraft, die aller Schwierigkeiten Herr wird und dafür zu sorgen weiß, daß die lange Friedenszeit uns nicht in Schlummer laßt. Auch der 40jährige Friede selbst ist uns ja nicht in den Schoß gefallen, sondern konnte nur durch eine unausgesetzte mühsame Arbeit zur Erhaltung der Schlagfertigkeit unseres Heeres, die unsere kriegerischen Gegner in Schranken hielt, gewahrt werden. Ebenso müssen wir auch die kulturellen Segnungen des Friedens immer neu erringen, indem wir im allgemeinen vaterländischen Interesse uns stets zu neuer Arbeit stellen und im friedlichen nationalen Wettbewerb die kraftvollen Eigenschaften entfalten und ausbilden, die unsere Väter auf den Schlachtfeldern Frankreichs betätigten und die uns heute einen erneuten mächtigen Antrieb zur nationalen Pflichterfüllung geben. Wenn mit solcher ernster Auffassung der vaterländischen Schuldigkeit bei allen deutschen Patrioten ein schlichtes Gottvertrauen Hand in Hand geht, so dürfen wir fest darauf bauen, daß wir auch in künftigen Zeiten über unsere äußeren und inneren Feinde obzügen und im Zeichen einer aufblühenden Nation stehen werden.

Neueste Drahtmeldungen

vom 17. Januar.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die zweite Lesung des Wertzuwachssteuergesetzes wird fortgesetzt. — Abg. Dirksen (Reichsp.) erklärt die Zustimmung des überwiegenen Teils seiner Freunde zur Vorlage, und zwar im Interesse der Steuerzahler. Es sei nicht richtig, daß die Vorlage einseitig agrarisch sei, aber man könne den landlichen Grundbesitz nicht genau so behandeln, wie den städtischen. — Abg. Siedel (Folk.) erklärt, daß seine Freunde der Vorlage mit gemäßigten Gefühlen gegenüberstünden. Die Scheidung des unbedeutenden Wertzuwachses von dem durch redliche Arbeit verdienten werde sich nicht durchführen lassen. Redner bekämpft u. a. § 22 der Vorlage, wonach die Bundesstaaten Steuerfreiheit genießen. Die Polen würden durch Zustimmung hierzu direkt die preussische Ansetzungspraxis unterstützen. — Abg. Raab (Wirtsch. Paa.) erklärt: Wir können ohne Bedenken das Gesetz machen, auch wenn verfehlte Bestimmungen darin sein sollten; denn in einigen Jahren werde ja doch eine Revision notwendig werden. — Abg. Berner (Nef.) ist gleichfalls für die Vorlage, verlangt aber eine Ergänzung durch eine Zuwachssteuer auch für das mobile Kapital. — Abg. Pauli (Centr.) befürwortet seinen Antrag auf Erhöhung der steuerfreien Grenze beim Einkommen des Veranlagerten von 2000 auf 3000 Mark. — Abg. Siedel (Folk.) lehnt alle Abmilderungen ab. Seine Freunde wollten eine wirkliche Reichsteuer und keine Attrappe, die der schwarz-blaue Steuerbiel für seine Wahlen brauche. — Staatssekretär Berner (Nef.) erwidert, alle Anträge abzulehnen, die auf Erhöhung der Grenze der Steuerfreiheit abzielen. An und für sich liege überhaupt keine Veranlassung vor für irgendwelche Befreiung. Nach der preussischen Statistik fallen mehr als 70 Proz. aller Ansetzungen auf Objekte unter 5000 Mark und 90 Prozent auf Objekte unter 20000 Mark. Diese sollen von der Steuer gänzlich freibleiben. Weiter darf man aber nicht gehen, und das Gleiche gilt auch von der Einkommengrenze. — Abg. Dr. Henz.